

INNERE SICHERHEIT

Vor die Wand

Polizei und Rettungsdienste sollen ein neues, digitales Funknetz bekommen – das kostet Milliarden. Nun laufen die ohnehin schwer gebeutelten Finanzminister Sturm.

Dass im Hochwasser Dörfer, Städte, ganze Landstriche untergehen könnten – gut, damit hatte Andreas Geuther, Einsatzleiter beim Bayerischen Roten Kreuz, in den ostdeutschen Flutgebieten ja gerechnet. Aber der Untergang der modernen Zivilisation?

Noch nicht mal bis zur Elbe hatten es die bayerischen Helfer damals im August geschafft, da meldete die Hälfte ihrer Einsatzwagen schon Funkausfall; beim Rest knirschte und knarzte es aus den Lautsprechern, weil ständig Überreichweiten hereinschnitten. Also blieb Geuther nur übrig, was auch der Stammeskönig eines Buschvolks hätte tun können. Er schickte Melder aus. Immerhin – sie hatten Fahrräder.

Es war nicht das erste Mal, dass in Deutschland Funkstille herrschte, wenn die Not am größten war. Immer wieder lässt ihr altgedientes Analogsprechnetzt die Sicherheitskräfte im Stich. Seit Mitte der neunziger Jahre planen die Innenminister von Bund und Ländern deshalb schon, Polizisten, Rettungssanitäter, Feuerwehrleute und Katastrophenschutz mit digitalen Funkgeräten zu versorgen – mit modernster Technik, damit Retter im Ernstfall nicht in Funklöchern versacken oder problemlos abgehört werden können.

Doch die neueste Katastrophenmeldung erreicht jetzt Polizei- und Hilfskräfte weder digital noch analog, sondern schwarz auf

weiß: Die schwer gebeutelten Finanzminister der Länder, sauer auf die Anschaffer in den Innenministerien, wollen eines der teuersten Projekte der öffentlichen Hand – Volumen bis zu sieben Milliarden Euro – hinausschieben, außerdem das ganze Vorhaben drastisch zusammenstutzen.

So heftig ist ihr jüngster, vertraulich gehaltener Beschluss ausgefallen, dass Kuno Böse (CDU), Bremer Innensenator und derzeit Vorsitzender der Innenministerkonferenz, konsterniert feststellt: „Das ist unverantwortlich. Wenn die Finanzminister ihre Haltung nicht ändern, fährt der Digitalfunk vor die Wand.“

Noch ist im Bundesinnenministerium zwar nur von einem „Betriebsunfall“ die Rede. Die aufgeschreckten Leiter der Staats- und Senatskanzleien aber haben am vergangenen Donnerstag mit Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier in Berlin eilends beschlossen, ein Krisenteam aus Finanz- und Innenministern zusammenzustellen. Seine Aufgabe: den Streit bis zum 15. März nächsten Jahres schlichten und den Digitalfunk retten.

Es geht nicht nur um Zahlen; Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, warnt: „Mit ihrem Beschluss gefährden die Finanzminister sogar die Sicherheit der Fußball-Weltmeisterschaft 2006.“ Tatsächlich verabschiedet sich nun Gerhard Stratthaus (CDU) aus Baden-Württemberg als erster Finanzminister offen von der alten Durchhalteparole, dass spätestens zur WM, wenn Tausende Hooligans anreisen, der Digitalfunk flächendeckend eingeführt sein wird.

„Aus heutiger Sicht ist der Termin nicht zu halten“, winkt Stratthaus ab. Erstens sei „kein Geld da“ – überall brechen die Einnahmen weg, schießen die Ausgaben in die Höhe. Zweitens aber sei „die Vorlage der Innenminister auch nicht haushaltsreif“.



REUTERS / ULLSTEIN BILDERDIENST

Polizeieinsatz mit analogen Funkgeräten (1997 in München): Knirschen und Knarzen



INGO WAGNER / DPA (L.); THOMAS NIEDERMÜLLER / AP (R.)

Kontrahenten Böse, Stratthaus: *Warten auf ein Machtwort*

„Beginn nach 2006, Fertigstellung um 2010“ hält Stratthaus nun für einen denkbaren Fahrplan. Und sein niedersächsischer Amtskollege Heinrich Aller (SPD) assistiert, die Anknüpfung an den WM-Termin sei doch „etwas künstlich“ gewesen. Aller: „Der Trick hat nicht gezogen.“

Der knatschige Ton hat gute Gründe: Jahrelang haben die Innenminister ein Projekt vorbereitet, das fast doppelt so teuer kommen könnte wie etwa der Bau des Großflughafens München II im Erdinger Moos. Die Zahlmeister in den eigenen Kabinetten aber hat mancher Innenressortchef kaum gefragt und noch weniger informiert – eine fatale Mischung aus Ignoranz und Arroganz.

Umso schärfer hält die jüngste Finanzministerkonferenz vom vorvergangenen Donnerstag mit ihrem Beschluss jetzt dagegen. Zwar haben die Haushälter dem Wunsch der Innenminister nach einem digitalen Funknetz grundsätzlich zugestimmt. Doch nicht nur für die utopische, sieben Milliarden Euro teure Luxuslösung der Industrie verweigern die Finanzminister ihr Geld. Auch eine Basisversion, die die Innenminister nächste Woche in Bremen beschließen wollen, lassen die Haushälter gnadenlos durchfallen. 3,06 Milliarden Euro sollen demnach das Netz und der Zehnjahresbetrieb kosten, weitere 1,5 Milliarden Euro die Endgeräte.

Auch diese noch geheime Abspeck-Variante, nach der etwa Polizisten auf dem Land nur ein Auto-Funkgerät, aber kein Handy bekommen sollen, sei „im Hinblick auf die Konsolidierungszwänge für alle öffentlichen Haushalte nicht realistisch“, befinden die Finanzressortchefs. Außerdem, rüffeln sie, sei immer noch unklar, was der Digitalfunk wirklich kosten solle, vor allem: was den Bund, was die Länder?

Fest stehe auf jeden Fall, dass abermals eine „Reduzierung der Kosten erforderlich“ sei. Der Weg dahin: eine weitere „Absenkung der Standards“.

Vorher aber wollen die Finanzminister das ganze Vorhaben auch noch mal von allen Rechnungshöfen der Republik untersuchen lassen, „eingehend“ und „für alle

technischen Alternativen“. Bei solch Zeit raubenden Generalprüfungen bereitet sich das bayerische Innenministerium schon mal darauf vor, die Hooligans zur WM mit der alten Analogtechnik zu empfangen.

In Bayern, vor allem aber in den neuen Bundesländern, die nach der Wiedervereinigung noch ins analoge Netz investiert haben, könnte das tatsächlich ausreichen. In Niedersachsen aber ist die Technik schon so desolat, dass

der Zusammenbruch droht, erst recht, weil die Ersatzteile knapp werden. Seit Deutschlands Nachbarn und sogar Länder wie Moldawien und Rumänien schon auf Digitaltechnik umgeschwenkt sind, lohnt sich der Bau der alten Elektronikteile immer weniger, naht das Produktionsende.

Auch aus diesem Grund meiert Bremens Innensenator Böse den Hinhaltebeschluss der Finanzminister als „nicht akzeptabel“ ab. Und das jetzt angemahnte Prüfungs-

Berlins Finanzsenator Sarrazin will keinen einzigen Euro für die neue Technik herausrücken.

marathon werde ohnehin nur zeigen, dass es beim technischen Niveau keine weiteren Abstriche mehr geben dürfe. Der jetzt geplante Standard sei „das Mindeste“.

Wie hart aber die Fronten mittlerweile sind, verraten die Worte des bettelarmen Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin (SPD): Der Digitalfunk-Auftrag erinnere ihn an die Art, wie die Bundeswehr ihre Airbusse beschaffe – zum Teil ohne Deckung.

Für Sarrazin steht sowieso fest, dass man auch das ganz normale D2-Handy-netz für Polizei und Feuerwehr fit machen könnte – das wäre viel billiger als der Digitalfunk. Zwar brach in den USA nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 das öffentliche Handynetz zusammen, während das geplante Digitalnetz in Deutschland in solchen Fällen allein Polizei und Rettungskräften reserviert bliebe. Sarrazin jedoch lässt sich nicht beirren: Nicht einen einzigen Euro will der Berliner Armutsverwalter für die neue Technik herausrücken.

Bei solcher Fundamentalopposition setzen die Innenminister jetzt auf die geplante Arbeitsgruppe, notfalls aber auf ein Machtwort der Ministerpräsidenten bei ihrer Sitzung am 19. Dezember in Berlin. Dass die Regierungschefs den Digitalfunk wollen, hat die jüngste Sitzung der Staatskanzleichefs gezeigt. Bleibt nur die ewige Frage: zu welchem Preis?

JÜRGEN DAHLKAMP, ANDREAS ULRICH